

Ausschnitt aus „Der Westallgäuer“ vom 12.10.2015 mit freundlicher Genehmigung der Allgäuer Zeitung



Die Firma Geiger will die Nutzung ihres Areals in Ellhofen ausweiten. Das löste bei der Bürgerversammlung in Ellhofen eine rege Diskussion aus.



Die derzeitige Planung sieht eine neue Zufahrt zum Kieswerk Geiger von der Steinbißstraße durch diese Senke vor. Doch die betroffenen Grundstückseigentümer sind nicht zum Verkauf ihrer Flächen bereit.

Fotos: Olaf Winkler

„Kies- und Betonwerk nehmen uns in die Zange“

Wortmeldungen Anwohner aus Ellhofen klagen bei der Bürgerversammlung über starken Verkehr. Vor allem die vielen Lastwagen sind ihnen ein Dorn im Auge. Auch die angedachte neue Trasse zum Kieswerk stößt auf Ablehnung

VON OLAF WINKLER

Ellhofen Die Verkehrssituation in Ellhofen bestimmte die Diskussion bei der Bürgerversammlung der Gemeinde Weiler-Simmerberg. Mehrere Anwohner machten im Dorfgemeinschaftshaus Ellhofen ihrem Ärger mit deutlichen Worten Luft. So sprach Erich Puchta davon, dass das Kieswerk Geiger und das Betonwerk Rudolph den Ort und seine Einwohner in die Zange nehmen. Erich Kimpfler präsentierte Zahlen einer eigenen Verkehrszählung, laut der täglich 59 Kies- und 48 Betonlastwagen durch den Ort rollen.

Auslöser der Diskussion waren Pläne der Firma Geiger, den Standort Ellhofen künftig nicht nur für den Kiesabbau, sondern unter anderem auch mit einer Bauschuttabbe-

reitungsanlage und für die Verwertung und Entsorgung von Baurestoffen, Althölzern sowie Gewerbeabfällen zu nutzen. Dafür hat die Marktgemeinde einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf den Weg gebracht. Im Vorfeld sei mit der Firma Geiger verhandelt worden, um eine Verringerung des Lkw-Verkehrs durch Ellhofen zu erreichen, informierte Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph. Die mögliche Lösung: Eine neue Zufahrt zum Kieswerk, die auf die Steinbißstraße und über diese auf die Bundesstraße 308 führt. Jedoch lehnen die betroffenen Grundstückseigentümer einen Verkauf ihrer Flächen zum Bau der neuen Zufahrt ab, so Rudolph.

„Sie wollen die Pest mit der Cholera ausmerzen“, warf Erich Kimpfler der Gemeinde vor. Im Ort wäre dann

möglicherweise weniger Lkw-Verkehr vorhanden, dafür seien andere Anwohner von Lärm und Dreck betroffen. Kimpfler beklagte, „dass uns fast jede Ehrfurcht vor unversehrtem Boden verloren gegangen ist.“

Geh- und Radweg als Lösung?

Hubert Satzger sagte, dass die Firma Geiger im Gegensatz zum vorherigen Eigentümer AKS kaum noch Steuern nach Weiler-Simmerberg bezahle, „da die Angestellten in Oberstdorf gemeldet sind und die Steuern dahin fließen“. Er brachte als Lösungsvariante ins Spiel, den vorhandenen Geh- und Radweg zu nutzen, der direkt am Kieswerk vorbei und zur Bundesstraße führe. Für dessen Bau habe die Marktgemeinde 2005 Zuschüsse bekommen, die dann teilweise zurück zu zahlen

wären, erläuterte Rudolph. Zudem müsste dann ein neuer Geh- und Radweg entstehen. Ob er oder andere Grundstückseigentümer bereit wären, dafür ihre Flächen zur Verfügung zu stellen, ließ Satzger offen.

„Was bringt uns denn die Firma Geiger an Geld?“, wollte Monika Lau wissen. Das könne er öffentlich nicht sagen, entgegnete ihr der Bürgermeister. Und er rief dazu auf, nicht zu einseitig zu denken. Jeder Bauherr sei auf Kies angewiesen und habe irgendwann Althölzer abzugeben. Zudem sei der Standort „landschaftsverträglich“.

Alfred Achberger wollte wissen, ob eine mögliche Genehmigung der Geiger-Pläne in einem Zusammenhang stehen könnte mit dem Interesse der Marktgemeinde, von Geiger ein Grundstück zu erwerben.

Dagegen verwahrte sich der Bürgermeister: „Auf so ein Geschäft würde ich mich nicht einlassen. Ich lasse mich nicht erpressen. Da würde ich auf die Barrikaden gehen.“ Rudolph bestätigte allerdings, dass die Gemeinde Interesse an einem Geiger-Grundstück habe. Dieses wäre als Gewerbefläche denkbar. Aber: „Das hat mit dem anderen Geschäft nichts zu tun.“

Hubert Satzger regte einen weiteren Informationsabend zum Thema Geiger-Zufahrt an. Das griff der Bürgermeister auf. Denn: Es sei eine „Ur-Ellhofer Entscheidung“, ob es zu einer Entlastung des Ortes durch eine neue Zufahrt komme. Könne sie nicht gebaut werden, müsste der Gemeinderat entscheiden, ob er den vorhabenbezogenen Bebauungsplan dennoch genehmigt.